Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 14. Juni bis 2. September 2022[33]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
2. August 2022	EK	EK zahlt Makrofinanzhilfe (MFA) über 1 Mrd EUR an die Ukraine aus Nach Beschlussfassung durch den Rat am 12. Juli 2022 über eine zusätzliche Makrofinanzhilfe in Höhe von 1 Mrd EUR für die Ukraine gelangt diese am 1. und 2. August in 2 Tranchen zu jeweils 500 Mio EUR zur Auszahlung. Zusammen mit der in der ersten Jahreshälfte ausgezahlten Makrofinanzhilfe in Höhe von 1,2 Mrd EUR belaufen sich die seit Beginn des Krieges an die Ukraine ausgezahlten Makrofinanzhilfen der EU somit auf insgesamt 2,2 Mrd EUR.
1. August 2022	EK	EK zahlt Makrofinanzhilfe über 50 Mio EUR an die Republik Moldau Die Europäische Kommission zahlt im Namen der EU eine Makrofinanzhilfe von 50 Mio EUR an die Republik Moldau aus, davon 35 Mio EUR als zinsvergünstigte langlaufende Darlehen und 15 Mio EUR in Form von Zuschüssen. Dies ist die erste Auszahlung im Rahmen der neuen Makrofinanzhilfe für Moldau in Höhe von insgesamt 150 Mio EUR (davon 120 Mio EUR an Darlehen und 30 Mio EUR an Zuschüssen), die am 18. Juli 2022 in Kraft getreten ist und für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren zur Verfügung steht.
19. Juli 2022	Rat	Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien Die EU nimmt im Rahmen von Regierungskonferenzen auf Ministerebene offiziell die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien auf. Nordmazedonien hat bereits seit 2005 Kandidatenstatus, Albanien seit 2014.
12. Juli 2022	ECOFIN Rat, EZB	Euroraumerweiterung – Kroatien als 20. Mitglied des Euroraums ab 1. Jänner 2023 Der ECOFIN Rat nimmt die letzten drei Rechtsakte an, die noch erforderlich waren, damit Kroatien am 1. Jänner 2023 den Euro als Währung einführen kann. Der Konversionskurs wird mit 7,53450 kroatischen Kuna für 1 EUR festgesetzt, was dem aktuellen Leitkurs der Kuna im Rahmen des Wechselkursmechanismus (WKM) II entspricht. Bereits seit 1. Oktober 2020 ist die EZB im Rahmen der engen Zusammenarbeit (SSM close cooperation) für die direkte Aufsicht über acht bedeutende Kreditinstitute und die indirekte

[33] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer-Kocsi, Christiane Kment (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Aufsicht über 15 weniger bedeutende Institute in Kroatien zuständig.
4. Juli 2022	EZB Rat	EZB unternimmt weitere Schritte, um Klimaschutz stärker in ihre geldpolitischen Geschäfte einzubeziehen Die EZB berücksichtigt den Klimawandel bei ihren Ankäufen von Unternehmensanleihen, im Sicherheitenrahmen, bei Offenlegungspflichten und der Risikosteuerung, im Einklang mit ihrem Maßnahmenplan zum Klimawandel. Diese Maßnahmen sind so gestaltet, dass sie vollständig im Einklang mit dem vorrangigen Ziel des Eurosystems stehen, Preisstabilität zu gewährleisten.
1. Juli 2022	Rat	Start der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft Am 1. Juli übernahm die Tschechische Republik die EU-Ratspräsidentschaft. In Übereinstimmung mit dem Programm, das von der Trio-Präsidentschaft Frankreich-Tschechien-Schweden vereinbart wurde, stehen im Fokus unter anderem der Wiederaufbau in der Ukraine, Energiesicherheit, Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und von demokratischen Institutionen und die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit.
23./24. Juni 2022	ER	Ukraine und Republik Moldau erhalten Beitrittskandidatenstatus Basierend auf einer Stellungnahme der EK vom 17. Juni 2022 zu den EU-Beitrittsanträgen der Ukraine, Republik Moldau und Georgien gewährt der Europäische Rat der Ukraine und der Republik Moldau den Status von Beitrittskandidaten. Georgien soll ihn erhalten, sobald die Regierung Ergebnisse bei der Umsetzung von seitens EK angegebenen Schwerpunktbereichen (u.a. Gewährleistung der vollen Funktionsfähigkeit aller staatlichen Institutionen, Korruptionsbekämpfung) erzielt hat. Der ER betont, dass die Fortschritte der einzelnen Länder auf dem Weg in die EU davon abhängen werden, inwieweit sie die Kopenhagener Kriterien erfüllen, wobei auch die Aufnahmefähigkeit der EU berücksichtigt werden wird. EU-Westbalkangipfel Im Vorfeld der Tagung des ER treffen die EU-Führungsspitzen mit den Führungsspitzen des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) zusammen. Die Führungsspitzen erörtern die Fortschritte bei der Integration in die EU und die Art und Weise, wie der EU-Erweiterungsprozess vorangetrieben werden kann, weiters die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine für die Region und geostrategische Fragen. Die EU-Führungsspitzen bekräftigen das uneingeschränkte und klare Bekenntnis der EU zur Beitrittsperspektive der Westbalkanstaaten.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

2. September 2022	IWF	Art. IV Konsultation des IWF mit Österreich abgeschlossen Der IWF veröffentlicht den Bericht zur diesjährigen Artikel IV Konsultation mit Österreich. Der IWF besuchte Österreich vom 31. Mai bis 13. Juni 2022. Im Rahmen der Konsultationen führte der IWF wie üblich Gespräche mit Vertretern von OeNB, BMF, FMA, BKA, diversen Ministerien und Interessensvertretungen. Der thematische Fokus der Konsultationen umfasste das Thema „Building resilience amid uncertainty". Aufgrund der hohen Abhängigkeit von russischen Energieimporten, der starken Integration in die globale Wertschöpfungskette, sowie des hohen Bankenexposures erachtet der IWF Österreich als sehr anfällig für spillovers aus dem Krieg in der Ukraine. Für 2022 rechnet der IWF mit einem Wachstum Österreichs von 3,9%, wobei eine Abschwächung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr erwartet wird, für 2023 sei nur mit einem Wachstum von 1,5% zu rechnen. Kurzfristige fiskalpolitische Maßnahmen sollten laut IWF aufgrund der außergewöhnlich unsicheren Lage flexibel eingesetzt werden. Fiskalische Maßnahmen zur Abfederung von steigenden Energiepreisen und Inflation sollten laut IWF-Empfehlung treffsicherer eingesetzt werden. Hinsichtlich Österreichs Abhängigkeit von russischem Gas wird seitens IWF ein stärker diversifizierter und nachhaltigerer Ansatz im Energiesektor empfohlen. Der IWF begrüßt die Verabschiedung der Verordnung zur Begrenzung der systemischen Risiken bei Fremdkapitalfinanzierungen von Wohnimmobilien durch die FMA auf Empfehlung des FMSG.
22. Juli 2022	IWF	Erste IWF Gender Strategie Der IWF veröffentlicht erstmals eine „Strategy Toward Mainstreaming Gender", in welcher er Strategien und Lösungsansätze vorlegt, mit welchen das Thema Gender und Gleichstellung der Geschlechter in die Arbeit des IWF integriert werden soll. Durch das „Mainstreaming" des Gender-Themas in die tägliche Arbeit des IWF soll ökonomisches Wachstum, ökonomische Stabilität und Resilienz der Mitgliedstaaten verbessert werden.
1.Juli 2022	IWF	IWF Stimmrechtsgruppenabkommen ratifiziert Im Rahmen des jährlichen Stimmrechtsgruppentreffens von Weltbank und IWF auf Deputies-Ebene in Budapest wird bekanntgegeben, dass alle sieben Mitglieder der IWF Stimmrechtsgruppe das neue Abkommen unterfertigt haben. Dieses wird plangemäß für den Zeitraum 1.November 2022 bis 31.Oktober 2032 in Kraft treten und umfasst folgende Mitglieder: Türkei, Österreich, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien und Kosovo (Länder-Reihenfolge gemäß IWF-Quote).